



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 27.11.2013, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1

Unterbringung des Goethe-Gymnasiums  
während der Generalsanierung des Gebäudeteils  
Seestraße

Vorl.Nr. 395/13

---

#### Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung sagt EBM **Seigfried** auf Bitte von Stadtrat Dr. Vierling zu, im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 1 auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 346/13 aufzurufen.

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 282/13, der Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl.Nr. 377/13 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl.Nr. 346/13. Dem nach der letzten Beratung im BSS am 16. 10.2013 noch vorhandenen Beratungsbedarf sei man mit der heute vorliegenden Mitteilungsvorlage Nr. 395/13 nachgekommen.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) geht nachfolgend erläuternd und anhand einer Powerpoint-Präsentation verdeutlichend auf die Thematik der Unterbringung des Goethe-Gymnasiums ein. Sie erläutert in diesem Zusammenhang die drei entwickelten und detailliert ausgearbeiteten Varianten sowie deren Auswirkungen und Kosten.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass der Schulcampus in den letzten Jahren enorme Veränderungen erfahren habe und die Schulen, was Schulräume betreffe, in den vergangenen Jahren auch schon kooperiert hätten. Wichtiges Signal stelle die positive Reaktion von Seiten der anderen Schulen auf die Anfrage der gemeinsamen Nutzung von Fachräumlichkeiten dar. Man sei in der Lage, die neue Sparvariante 3 umzusetzen, allerdings mit Zwängen für alle Schulen auf dem Schulcampus. Mit Blick auf die temporäre Situation sollte dennoch die Durchführung einer preisgünstigeren Lösung geprüft werden.

In der nachfolgenden Aussprache bekennt Stadtrat **Meyer** für die CDU-Fraktion, dass man sehr froh sei, das Projekt Sanierung Goethe-Gymnasium endlich angehen zu können. Großes Anliegen sei in diesem Zusammenhang eine vernünftige Interimsunterbringung. Die Sanierung des Goethe-Gymnasiums koste schätzungsweise 23 Mio. Euro. Teilweise seien darin die Kosten für die Interimszeit in Höhe von 0,5 bis 1,1 Mio. Euro enthalten. Es stellten sich daher für seine Fraktion weitere Fragen, insbesondere nach der Höhe der Interimskosten bei den anderen Sanierungen, den Brandschutzmaßnahmen für die Mathildenstraße 25 und 27, ob im Bereich der gesperrten Seestraße weitere Modulbauten aufgestellt werden könnten, der Zahl und Verteilung der Standorte des Goethe-Gymnasiums bei den verschiedenen Varianten, der Präzisierung von Raumprogramm und Bedarf des Goethe- und Friedrich-Schiller-Gymnasiums betreffend Variante 3 sowie bezüglich alternativer Standorte für die Internationale Schule bei Variante 2 und 3. Außerdem stelle man sich die Frage, ob nicht ab 2016 in den dann bezugsfertigen Räumen der künftigen Gemeinschaftsschule ehemalige Pestalozzischule ein Großteil des Raumbedarfs des Goethe-

Gymnasiums gemeinsam mit einer anfänglich klein beginnenden Gemeinschaftsschule untergebracht werden könnte. Mit Blick auf zunehmend geringere Anmeldezahlen könnten gegebenenfalls für die Schüler der Justinus-Kerner-Schule entweder an den anderen Werk-Realschulen oder in den bereits jetzt genutzten Räumen Möglichkeiten gefunden werden. Er bittet, dies als Prüfauftrag mitzunehmen.

Stadtrat **von Stackelberg** betont die Wichtigkeit einer gut funktionierenden Schullandschaft, insbesondere gelte dies dem Schulcampus. Er stellt fest, dass man bei vielen Schulen in der Innenstadt im Wort stehe. Deshalb machten neue Planspiele wenig Sinn. Auch seine Fraktion habe noch einige Fragen. Unklarheit bestünde insbesondere bei Variante 3 im Zusammenhang mit der Unterbringung der Internationalen Schule, in Bezug auf die Nachnutzung des Putz- und Klinkerbaus der Silcherschule, die Investitionskosten, die Maßnahmen im alten Fachklassentrakt sowie in Bezug auf mögliche Kapazitäten in der neu renovierten Pestalozzischule.

Stadträtin **Moersch** informiert, dass ihre Fraktion dem Raumbedarf des Goethe-Gymnasiums Vorrang vor dem der Internationalen Schule gebe. Die Ansiedlung der Internationalen Schule in Ludwigsburg werde ausdrücklich begrüßt. Betroffen seien alle Schulen und fast 3.000 Schüler. Es gehe nicht um eine mangelnde Kooperationsbereitschaft zwischen den Schulen, es gehe vielmehr um den Schulerfolg der Ludwigsburger Schüler. Herr Krämer-Mandau prognostiziere eine Steigerung der Schülerzahl im Schiller-Gymnasium. Schon jetzt habe dort keine einzige Klasse ein Klassenzimmer. Bei Variante 3 werde das Goethe-Gymnasium auf vier Schulen verteilt, worunter die Qualität der Schule leide. Begrüßenswert wäre, wenn bei Variante 2 die Kosten in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro unterschritten werden könnten. Der Kraftakt müsse positiv begleitet werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** betrachtet ebenfalls den Raumbedarf des Goethe-Gymnasiums als vorrangig vor der Unterbringung der Internationalen Schule in der Innenstadt. Die Kostenrechnungen der Varianten seien alle nicht einleuchtend, weil sich insbesondere nicht erschließe, wie die Unterbringung der Internationalen Schule mit eingerechnet sei. Wichtig sei, dass das Goethe-Gymnasium während der Umbauzeit soweit wie möglich zusammengehalten werde. Deshalb habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt, die Silcherschule für die Unterbringung des Goethe-Gymnasiums zu nutzen. Seine Fraktion befürworte die von Stadtverwaltung und Schule gemeinsam entwickelte Variante 2. Das Musikprofil als Alleinstellungsmerkmal finde sich nur in dieser Variante umgesetzt. Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung der Bausubstanz des Goethe-Gymnasiums sei nun Solidarität mit den berechtigten Interessen der Goethe-Schulgemeinschaft wichtig.

Stadtrat **Heer** ist sich sicher, dass das Goethe-Gymnasium nach einer langen Durststrecke ein Vorzeigeprojekt werde. Der Blick in die Historie helfe nicht weiter, man müsse jetzt handeln und könne sich keine weiteren Verzögerungen leisten. Seine Fraktion sei entscheidungsfähig. Das beste Ergebnis bringe die Unterbringung des Goethe-Gymnasiums schwerpunktmäßig in der Silcherschule.

Stadträtin **Lange** bemängelt hinsichtlich der vergleichsweise günstigeren Variante 3, dass die Kosteneinsparungen in aufgeschobenen Brandschutzmaßnahmen lägen. Sie spricht sich für Variante 1 aus, weil diese die Ausweichräume in der Silcherschule bereit stelle, notwendige Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden könnten und Platz für die Internationale Schule vorhanden sei, deren Ansiedlung eine große Chance für Ludwigsburg darstelle.

EBM **Seigfried** erläutert nochmals die Hintergründe und Zusammenhänge. Zusammenfassend stellt er klar, dass das Goethe-Gymnasium nun Vorrang habe. Es gehe um eine angemessene, möglichst gute Unterbringung des Goethe-Gymnasiums in der Übergangszeit. Der Kostenaspekt dürfe dabei jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Die Silcherschule sei aufgelöst worden und müsse grundsätzlich saniert werden, wolle man die Gebäude weiter nutzen. Beim jetzt anstehenden Projekt Goethe-Gymnasium würden lediglich Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Bei Variante 2 und 3 ergebe sich kein Standort für eine Internationale Schule. Auf Dauer gesehen sei die Silcherschule kein Schulstandort mehr.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) unterstreicht, dass die Brandschutzmaßnahmen als verlorene Investitionen gesehen werden müssten. Sie dienten lediglich der Sicherung des ersten und zweiten Rettungswegs. Weitere Sanierungen seien nicht vorgesehen.

Frau **Schmetz** informiert, dass es mangels Vergleichbarkeit keine Kostenvergleiche aus früheren Sanierungen gebe und beantwortet die Fragestellung, wieviel Standorte für das Goethe-Gymnasium bei den entsprechenden Varianten vorgesehen seien. Sie geht weiterhin auf im Rahmen der Aussprache aufgeworfene Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums ein.

Herr **Weißer** erklärt, dass bestehende nutzbare Räume für eine Interimslösung vorteilhafter seien, als weitere Modulbauten aufzustellen.

Der Schulleiter des Goethe-Gymnasiums Herr **Medinger** dankt dem Fachbereich Bildung, Familie, Sport im Anschluss für die zielgenaue Planung und das zügige Voranschreiten der Generalsanierung. Anhand einer Folie verdeutlichend erläutert er im Detail die Gründe, weshalb ihm als Schulleiter aus schulischer Sicht so viel an der Variante 2 liege und weshalb die Variante 3 aus seiner Sicht nicht funktionieren werde.

Stadtrat **Heer** teilt mit, er könne sich durchaus vorstellen, dass aus der vorliegenden Mitteilungsvorlage ein Beschlussvorschlag mit folgendem Wortlaut werde:  
„Zur Unterbringung des Goethe-Gymnasiums während der Generalsanierung des Gebäudeteils Seestraße wird Variante 2 vorgeschlagen.“

Zusammenfassend stellt EBM **Seigfried** fest, dass ein Beschlussantrag im Sachzusammenhang vorliege. Daneben gebe es, falls diesem Antrag nicht entsprochen werde, den Prüfauftrag an die Verwaltung, die aufgeworfenen Fragen nochmals im Detail und substantiell abzuarbeiten.

Er stellt nachfolgend den Antrag von Stadtrat Heer für die FDP-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, die Variante 2, das sogenannte Goethe-Band, umzusetzen, im Gremium zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend führt EBM Seigfried aus, die Verwaltung werde nun die aufgeworfenen Fragen inklusive der von der CDU-Fraktion aufgeworfenen Fragestellung hinsichtlich der Nutzung der Pestalozzischule prüfen und erneut zur Beratung in den Ausschuss einbringen.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet, die gesamten Räume, auch die des Friedrich-Schiller-Gymnasiums, mit aufzunehmen.

TOP 1.1

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.07.2013

Vorl.Nr. 282/13

---

### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 22.07.2013, Vorl.Nr. 282/13 ist mit Mitteilungsvorlage Nr. 395/13 sowie Berichterstattung der Verwaltung und Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 27.11.2013 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 395/13.

---

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 27.11.2013

TOP 1.2                    - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom                    Vorl.Nr. 377/13  
14.10.2013

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 14.10.2013, Vorl.Nr. 377/13 ist mit Mitteilungsvorlage Nr. 395/13 sowie Berichterstattung der Verwaltung und Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 27.11.2013 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 395/13.

TOP 1.3                    Künftige Nutzung Silcherschule / Internationale                    Vorl.Nr. 346/13  
Schule in Ludwigsburg  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23.09.2013

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.09.2013, Vorl.Nr. 346/13 ist mit Mitteilungsvorlage Nr. 395/13 sowie Berichterstattung der Verwaltung und Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 27.11.2013 erledigt.

Siehe auch Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 395/13.

TOP 2                      Radsportclub Komet Ludwigsburg e.V. -                      Vorl.Nr. 403/13  
Zuschuss Sanierung Vereinsheim

---

**Beschluss:**

Der Radsportclub Komet Ludwigsburg e.V. erhält für die Sanierung seines Vereinsheims an der Bönningheimer Straße einen Zuschuss in Höhe von 50 % der anrechenbaren Kosten, höchstens jedoch 11.400 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM Seigfried auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 403/13.

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) geht nachfolgend kurz auf die Vorlage ein.

Mit Blick auf den Nachwuchsanteil regt Stadtrat **Dr. Bohn** im Rahmen der Aussprache an, sich mehr um Jugendliche zu bemühen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 403/13 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3

Zuschuss Neubau Kunstrasenplatz - Hockey-  
Club Ludwigsburg

Vorl.Nr. 365/13

---

### **Beschluss:**

Der Hockey-Club Ludwigsburg 1912 e.V. (HCL) erhält vorbehaltlich des Beschlusses und Genehmigung des Haushaltsplanes 2014 folgende Zuschüsse:

1. Für den Neubau eines Kunstrasenplatzes 60 % der anerkannten Baukosten (836.925,31 €), höchstens jedoch 502.000 €.
2. Für den Bau eines Brunnens und eines Wassertanks zur Bewässerung des Kunstrasenplatzes 25 % der anerkannten Baukosten (31.602,42 €), höchstens jedoch 8.000 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 365/13.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden kurzen Aussprache werden seitens des Gremiums durch Ausführungen der Stadträte **Kromer** und **Weiss** sowie Stadträtin **Klett-Heuchert** Lob für das große Engagement und die Eigenleistungen des Vereins zum Ausdruck gebracht.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 365/13 im Gremium zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Zum Aufbau und zur Einrichtung eines Kindernestes erhalten die Betreiber einen Zuschuss in Höhe von 100% der Investitionskosten - maximal 2.600€ pro Kind, wenn der Zuschuss aus dem Bundesprogramm zur Kleinkindförderung aufgrund der aufgebrauchten Mittel entfällt.
2. Die Haushaltsmittel in Höhe von 36.000€ für zwei weitere Kindernester sind im Haushalt 2014, vorbehaltlich der Genehmigung, vorhanden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 401/13.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden kurzen Aussprache kommt seitens des Gremiums allgemein Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag zum Ausdruck.

Stadträtin **Kopf** sieht auch in Neckarweihingen Handlungsbedarf und fragt an, ob nicht mit Blick auf die dortige Bautätigkeit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH im Neubaugebiet Neckarterrasse ein Kindernest untergebracht werden könnte.

Frau **Schmetz** und Frau **Schober** (beide FB Bildung, Familie, Sport) beantworten im Anschluss die aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums, insbesondere der Stadträtinnen **Kopf** und **Klett-Heuchert** sowie von Stadtrat **Daferner** in Bezug auf die Inbetriebnahme und Finanzierung der Kindernester auf der Hartenecker Höhe, die Bundesförderung, die Mietkosten und Mietverhältnisse.

EBM **Seigfried** geht kurz erläuternd auf Anforderungen und Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Kindernestern ein.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 401/13 im Gremium zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die städtische Förderung des Kindertagesheim Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2012 auf **1.829.813,39 €** festgesetzt (Fipo. 1.4641.7040.000).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Klett-Heuchert

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 343/13 und 406/13 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache auf sein Abstimmungsverhalten Bezug nehmend erklärt Stadtrat **Heer**, seine Fraktion habe grundsätzliche Bedenken im Hinblick auf eine Bezuschussung der Abmangelfinanzierung. Unter dem Gesichtspunkt einer soliden Finanzierung des Hortes mit seiner besonderen Ausprägung halte man für die Zukunft eine Festbezuschussung für überlegenswert und die Abmangelfinanzierung nicht für zukunftsfähig. Er stellt klar, dass dies nicht als Geringschätzung der Arbeit der Charlottenkrippe zu verstehen sei.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass im vorliegenden Fall die pauschale Bezuschussung ungünstiger gewesen wäre und bei planmäßigem Abschluss des Jahres 2013 ein Überschuss erzielt werde.

Im Verlauf der weiteren Aussprache bringen insbesondere Stadträtin **Kopf** sowie die Stadträte **Kirnbauer** und **Daferner** zum Ausdruck, dass die jetzige Regelung beibehalten werden sollte und man die grundsätzliche Finanzierungsdebatte nicht mit dem heutigen Thema vermischen wolle. Sie erklären die Zustimmung zur vorliegenden Verwaltungsvorlage.

Im Rahmen der weiteren kurzen Diskussion geht EBM **Seigfried** erläuternd auf die Hintergründe der städtischen Förderung ein.

Als Ergebnis der Aussprache erklärt EBM **Seigfried**, mit der Stiftung Gespräche im Hinblick auf die Möglichkeit einer Finanzierungsregelung über die Pauschale entsprechend Kindergartenvertrag aufnehmen zu wollen. Über das Ergebnis werde dann wieder im Ausschuss berichtet.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 343/13 im Gremium zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 343/13 und 406/13 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 5, Vorl.Nr. 343/13.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend erläutert EBM **Seigfried**, dass die Stadt Ludwigsburg intensiv Kriminalprävention betreibt und sehr viel Engagement einzelner Menschen und des Vereins Sicheres Ludwigsburg damit verbunden sei.

Frau **Selig** (FB Bürgerschaftliches Engagement) geht nachfolgend kurz auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 432/13 ein und bedankt sich für die politische Unterstützung in all den Jahren.

EBM **Seigfried** stellt fest, es sei schwer messbar, was die präventiven Bemühungen bewirkten, das Thema bleibe jedoch sehr wichtig.

In der nachfolgenden Aussprache freut sich Stadtrat **Herrmann** über die sehr gute Zusammenfassung. Erfreulich sei auch die Aussage, dass Ludwigsburg kein heißes Pflaster sei und keinen Kriminalitätsschwerpunkt in der Stadt habe. Außerdem könne ein Rückgang der Zahl der Straftaten festgestellt werden. Er regt darüber hinaus eine jährliche Berichterstattung des Polizeireviers Ludwigsburg zur polizeilichen Kriminalstatistik an.

Stadtrat **von Stackelberg** betont, dass mit Prävention nicht früh genug begonnen werden könne. Es müsse das kommunalpolitische Ziel sein, daran weiter zu arbeiten. Die Liste der Beteiligten sei beeindruckend und er werde das Projekt sehr gerne weiter unterstützen. Er bringt den Wunsch nach Informationen über Strategien und zukünftige Maßnahmen in Bezug auf die Kriminalprävention zum Ausdruck.

Stadträtin **Moersch** stellt fest, dass es sich hier um eine erfolgreiche Arbeit handle, die in anderen Städten nachgeahmt werde. Sie ermuntert dazu, auf diesem Weg weiter zu machen.

Stadtrat **Dr. Vierling** dankt für das nachhaltige Engagement im Bereich der Gewaltprävention in Ludwigsburg. Er erinnert an die vielen Aktionen für Schüler und verweist auf die Probleme auf öffentlichen Plätzen. Dem Wunsch von Jugendlichen, sich in der Innenstadt zu treffen, könne mit dem derzeitigen Raumangebot nicht annähernd nachgekommen werden. Er macht darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit der Thematik Festkultur in Ludwigsburg das Thema Alkoholkonsum nicht nur auf Jugendliche fokussiert werden müsse. Seiner Ansicht nach stelle Alkohol ein wichtiges Integrationshemmnis dar.



Stadtrat **Heer** lobt ebenfalls die bisherige Arbeit. Bei den namentlich genannten Beteiligten vermisse er jedoch Bezug nehmend auf das Projekt Soziale Stadt Eglosheim den Namen der Förderschule, die sich ebenfalls engagiert habe.

Stadträtin **Lange** betont, dass ihr im Besonderen die Schulsozialarbeit imponiere. Sie bedankt sich insgesamt für die bisherige Arbeit.

Abschließend führt EBM **Seigfried** aus, man werde gerne dem Wunsch, die polizeiliche Kriminalstatistik im Ausschuss zu behandeln, nachkommen. Man werde, insbesondere auch im Hinblick auf die bestehende Situation auf dem Akademiehof, bezüglich der Weiterentwicklung der Kommunalen Kriminalprävention zur Weichenstellung im zeitigen Frühjahr 2014 wieder auf das Gremium zukommen.

TOP 7

Jugendberatung Karlshöhe (Net for Young) -  
Förderung 2014/2015

Vorl.Nr. 404/13

---

#### **Abweichender Beschluss:**

Die Karlshöhe erhält für ihre Beratungsstelle für 2014 einen Zuschuss in Höhe von 18.500 €. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind für 2014 angemeldet. Nach Ablauf ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszuges aus der Jahresrechnung und eines Tätigkeitsberichts vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Klett-Heuchert (privat verhindert)

#### **Beratungsverlauf:**

Einleitend führt EBM **Seigfried** aus, dass man vor Jahren die Förderung der Jugendberatung Karlshöhe (Net for Young) mit übernommen habe. Mit der dem Gremium vorliegenden Beschlussvorlage Nr. 404/13 werde vorgeschlagen, die Förderung letztmals für 2014 auszuschütten und dann einzustellen.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache spricht sich Stadtrat **von Stackelberg** gegen die künftige Streichung des Zuschusses für die Beratungsstelle der Karlshöhe aus. Er stellt für die SPD-Fraktion mit Blick auf den vorliegenden Beschlussvorschlag den Antrag, über die Genehmigung des Zuschusses für 2014 zu beschließen, dabei jedoch die Formulierung „letztmals“ herauszunehmen.

Stadträtin **Kopf** spricht sich für eine Einstellung der Förderung aus, weil man nun eine breite Schulsozialarbeit und in der Werkrealschule umfangreiche Berufsvorbereitung habe. Man habe sich mit der Freiwilligkeitsleistung auch bisher schon schwer getan.

Stadtrat **Weiss** ist überrascht, dass man über Punkte entscheide, die von der Haushaltsstrukturkommission im Rahmen der globalen Minderausgabe noch nicht beraten wurden.

Im Verlauf der weiteren Aussprache findet eine kontroverse Diskussion im Gremium bezüglich der Fragestellung statt, ob die Förderung eingestellt werden sollte oder nicht.

Stadträtin **Voigt** erklärt, man könne sich den Ausführungen des Vorredners Stadtrat von Stackelberg anschließen. Man sei im Hinblick auf die Zuschussgewährung ebenfalls dafür, das Wort „letztmals“ zu streichen.

Stadtrat **Dr. Bohn** mahnt an, keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen und dem Träger Gelegenheit zu geben, eine Ersatzfinanzierung aufzustellen.

Die Stadträte **Heer** und **Meyer** teilen mit, man könne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Frau **Hoffmann** (Karlshöhe Ludwigsburg) beantwortet im Anschluss die in der Beratung aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums und geht dabei insbesondere auf die Finanzierung ein.

Nach weiterer kurzer Aussprache stellt EBM **Seigfried** zunächst den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 404/13 wie ursprünglich abgedruckt im Gremium zur Abstimmung, wonach die Karlshöhe für ihre Beratungsstelle letztmals für 2014 einen Zuschuss erhalten solle.

Dieser Vorschlag wird mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Nachfolgend stellt EBM Seigfried, entsprechend des Antrags der SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag zur Vorl.Nr. 404/13 abweichend unter Streichung des Wortes „letztmals“ im Gremium zur Abstimmung.